

Schauen wir
nach vorn.

Freie
Demokraten

Stadtverband
Bendorf **FDP**



Bendorf
Ortsteil Stromberg

Freie
Demokraten

Stadtverband
Bendorf **FDP**

EINLADUNG

zum Stromer Stammtisch

am Mittwoch, den 08. August 2018 um 19:00 Uhr

im Vereinsheim des Tennisclub Stromberg e.V. in der Isenburger Straße

Liebe Stromberger Mitbürger,

der Ortsteil Stromberg hat bekanntlich viel Positives zu bieten: z.B. reges Vereinsleben, Wald, Ruhe, Aussicht, günstige Baugrundstücke.

Wir wissen aber auch, es fehlen: Grundversorgung für den tgl. Bedarf, eine Lokalität mit Stammtischcharakter als bürgerlicher Treffpunkt, ÖPNV speziell in den Abendstunden und an den Wochenenden und vieles mehr.

Die FDP Bendorf hat sich in der Vergangenheit u.a. für die Ausweisung der beiden Neubaugebiete, den Erhalt der Grundschule und aktuell für die beabsichtigte Erweiterung der Kindertagesstätte eingesetzt.

Durch öffentliche Stammtische in Stromberg wollen wir - die Bendorfer Freien Demokraten- uns im Gespräch mit Ihnen darüber austauschen, was in diesem schönen Ortsteil zukünftig notwendig und machbar ist.

Unser Motto lautet auch hierbei:

zuhören-
nachdenken-
handeln!

Weitere Informationen erhalten Sie über unsere Homepage www.fdp-bendorf.de

Näheres können Sie auch bei unserem Stadtratsmitglied erfahren :

Herbert Speyerer unter: 1.stellv.Vorsitzender@fdp-bendorf.de



Stammtischrunde der Liberalen in Bendorf

Mitglieder und Freunde der FDP aus den Stadtverbänden Bendorf und Vallendar, aus dem Verbandsgemeindeverband Weißenthurm und auch aus dem Kreisverband Neuwied trafen sich am 25. Juli zu einer Stammtischrunde im Berghotel „Rheinblick“. Im schattigen Biergarten wurde das Treffen, trotz der hohen



Temperaturen, zu einer entspannenden Runde.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen u.a. auch die in Rheinland-Pfalz noch immer erhobenen Straßenausbaubeiträge. Nach Ansicht der Liberalen sind diese Beiträge, die von den Grundeigentümern und Anliegern der vom Umbau, Erneuerung und Erweiterung der betroffenen Straßen zu leisten sind, ungerecht, ineffizient und schädlich.

Ein hoher Erhebungsaufwand durch Bürokratie und Rechtsstreitigkeiten verschlingt, je nach Region, den größten Teil der erzwungenen Zahlungen. So hat die Hansestadt Hamburg bereits 2016 die Straßenausbaubeiträge wegen des andauernden Missverhältnisses zwischen Aufkommen und Erhebungskosten ganz abgeschafft. Ebenso werden in Baden-Württemberg, Bayern und Berlin die Grundeigentümer nicht mehr durch einmalige oder wiederkehrende Beiträge belastet.

Rheinland-Pfalz, das die meisten der Städte und Kreise mit der höchsten Verschuldung beheimatet, ist nicht dabei. Man nimmt in Kauf, dass in Einzelfällen Beiträge in fünfstelliger Höhe von jungen Familien, Rentnern oder Alleinstehenden zu leisten sind, die letztlich nur für die Verfügbarkeit einer ordentlichen Straße für andere zahlen müssen.

Hier sei das Land gefordert, so die Liberalen und verwiesen auf die Berechnung sachkundiger Kreise, die eine Gesamtsumme von 50 Mio. pro Jahr als entsprechende Sonderzuweisung des Landes an die Kommunen als ausreichend ansehen. Dieser Betrag liege auch weit über der Gesamtsumme aller im Land erhobenen Ausbaubeiträge und ermögliche damit den Kommunen, auch viele zurück gestellte, aber notwendige Maßnahmen in Angriff zu nehmen.

An der Straßenerneuerung und -verbesserung sind alle gesellschaftlichen Gruppen zu beteiligen, so ein Sprecher, die auch das Recht zu Benutzung dieser haben.

Die Liberalen werden mit diesem Anliegen in Kürze ihre Kreis-, Bezirks- und Landesführungen konfrontieren, um in Mainz innerhalb der Koalition zumindest das Nachdenken hierüber anzuregen. Die Bendorfer Liberalen freuen sich auf den Stromer öffentlichen Stammtisch am 8. August und wollen sich im Gespräch mit den Bürgern darüber austauschen, was in diesem schönen Ortsteil zukünftig notwendig und machbar ist unter dem Motto: „**zuhören-nachdenken-handeln!**“



Wir wollen eine europäische Lösung für die Migrationsfrage

25.07.2018

Im traditionellen Sommerinterview des ZDF spricht FDP-Chef Christian Lindner über die aktuellen Themen der deutschen Politik – auch zum Fall Sami A. "Es ist nach rechtsstaatlichen Maßstäben alles ordentlich gelaufen. Ich vertraue unserem zuständigen Minister", erklärt Lindner gleich zu Anfang des Interviews. Weitere wichtige Themen waren Bildung, die



Lindner als "soziale Aufgabe unserer Gesellschaft" sieht, und Europa. Auf europäischer Ebene müsse laut Lindner die Migrations- und Asyl- wie auch die Finanzpolitik umfassend reformiert werden.

Zum Fall Sami A. führte der FDP-Chef weiter aus: "Man bekämpft Populismus dadurch, dass man an rechtsstaatlichen Prinzipien festhält." Er habe Vertrauen darin, dass es zwar konsequente Rechtsanwendung gab, aber alles in Ordnung war in Bezug auf FDP-

Flüchtlingsminister Joachim Stamp aus NRW. Anders sieht er das bei der Kommunikation zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Gelsenkirchener Gericht. "Ein Problem mag es dort geben, aber das wäre eine Frage, die Herr Seehofer beantworten müsste." Flüchtlinge und Asyl spielten auch beim Thema Europapolitik eine gewichtige Rolle. Eine Lösung in der Migrationsfrage könne nur gesamteuropäisch Erfolg haben, erklärt der FDP-Chef und macht weiter klar: "Kontrolle der Außengrenzen ja, aber bitte keine Grenzkontrollen innerhalb Europas." Es brauche langfristig ein europäisches Asylsystem. Als notwendiger Schritt dahin, müsse zu den Regeln von Dublin-III und damit auch zur Zurückweisung an den Grenzen zurückgekehrt werden.

In der Finanzpolitik sieht Lindner klare Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu Frankreichs Präsident Emmanuel Macron: Gemeinsam kämpfe man für eine stabile Währungsunion und die Überwindung wirtschaftlicher Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedsstaaten. Allerdings dürfe dies auf keinen Fall mit einer Vergemeinschaftung von Schulden einhergehen. "Dass die Kunden von Sparkassen und Volksbanken für marode Banken in Italien haften sollen, würde den Populismus stärken und nicht schwächen", betont Lindner mit Blick auf die Pläne von CDU/CSU und der SPD.

Zum Punkt Bildung fordert Lindner eine aktivere Rolle des Staates. Die "soziale Aufgabe unserer Gesellschaft" sei es, dafür zu sorgen, dass niemand die Schule ohne Abschluss verlässt, so der FDP-Chef. Dafür müsse noch einiges getan werden. Man dürfe nicht zufrieden sein mit den bisherigen Ergebnissen. Denn: "Wer keine Qualifikation hat, der hat –







Digitalisierung hin oder her – keine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben." Deshalb ist es das Ziel der Freien Demokraten, dass im nächsten Jahrzehnt kein junger Mensch mehr ohne Abschluss von der Schule geht.

Mit Bildung und Einwanderungsgesetz gegen Fachkräftemangel

18.07.2018



FDP-Generalsekretärin Nicola Beer fordert einen Aufbruch in der Bildungspolitik und ein modernes Einwanderungsrecht. Auf den demographischen Wandel folgt der Fachkräftemangel, erklärt Sie im Interview mit dem Main Echo. Und dieser bedroht unseren Wohlstand. Gleichzeitig verändern Digitalisierung und Automatisierung Produktionsprozesse in den Unternehmen. Die Folge: Altgediente Berufsprofile fallen weg, neue kommen hinzu. "Wir müssen deshalb erstens dringend in Bildung investieren, um die Fachkräfte ausreichend zu qualifizieren. Zweitens braucht es endlich ein Einwanderungsrecht mit

Punktesystem. Dann können wir diejenigen Fachkräfte anwerben, deren Qualifikationen tatsächlich gebraucht werden", stellt Beer klar.

Sowohl das deutsche Bildungssystem als auch die Regeln, nach welchen nach Deutschland eingewandert werden darf, müssen sich endlich der heutigen Zeit und den aktuellen Bedarfen anpassen. Nach wie vor sind in Deutschland viele Ausbildungsstellen unbesetzt. "Deswegen arbeiten wir Freie Demokraten an einem Bildungssystem, das individuell fördert und fordert, damit jeder aus seinem Potenzial das Beste herausholen kann. Das ist die Grundvoraussetzung für einen sozialen Aufstieg aus eigener Kraft", sagt Beer. Durch adaptive Lernprogramme könnten Schüler individuell gefördert werden und früh feststellen, wo ihre Neigungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten liegen.

Die Frage der Einwanderung nach Deutschland sei eine Frage der Wirtschaftsmigration und nicht des Asylrechts. "Ich bin fest davon überzeugt, dass ein Einwanderungsgesetz geholfen hätte, die Asylkrise zu verhindern. Damit hätten wir faire und transparente Regeln, die den Leuten sagen: Wenn du das und das an Qualifikationen mitbringst, dann hast du eine reelle Chance, legal einzuwandern, einen Job zu finden, in Deutschland etwas aufzubauen", so Beer. Das derzeitige System in Deutschland sei ungeordnet.

Leserbrief von Karl-Otto Hahn 18.07.2018

Endlich mal eine gute Nachricht aus dem BVM.

Man will die unendlich langen Planungszeiten für Großprojekte verkürzen. So soll auch der Klageweg verkürzt werden. Vor der Beendigung eines Planfeststellungsverfahrens, sofern alle Genehmigungen vorliegen, könnten Baumaßnahmen bereits schon in Angriff genommen werden.

Für den Schienenbau soll es nur noch eine Behörde für Anhörungen und Planfeststellung geben. Was für ein Fortschritt! Der ewig lange Weg durch die Instanzen soll entfallen, da Schienenprojekte nur noch beim BVWG behandelt und entschieden werden,

Für mich als 76-jähriger neue Hoffnung, dass ich zumindest den 1. Spatenstich für den Schienen-Güterverkehrs-Tunnel zwischen Siegburg und Wiesbaden, für welchen ich mich seit Jahren privat wie politisch engagiere, noch erlebe, und die vielgepriesene Rhein-Romantik am Mittelrhein wieder Einkehr hält.

Für echte Lösungen statt Schwarzer-Peter-Spiel

11.07.2018

Innenminister Seehofer hat nun endlich seinen "Masterplan Migration" vorgestellt, über den sich CSU und CDU wochenlang gestritten haben. "Ziemlich enttäuschend" lautet das Fazit der Freien Demokraten. Der Bundesinnenminister benennt darin notwendige Maßnahmen. "Konkrete Vorschläge für die Umsetzung fehlen jedoch", kritisiert das FDP-Bundesvorstandsmitglied und migrationspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Linda Teuteberg. "Es



geht um langfristig tragfähige Lösungen. Wir Freie Demokraten fordern einen nationalen Migrationsgipfel", sagt Christian Lindner.

Alle staatstragenden Parteien sollten an dem Migrationsgipfel beteiligt werden. Ziel sei es, eine Übereinkunft zum Management von Einwanderung zu erarbeiten, so Lindner. Die Freien Demokraten erwarten von der Bundesregierung, dass sie in den nächsten Wochen und Monaten ihre Hausaufgaben macht. Es müssen Prioritäten gesetzt und konkrete Vorschläge für Problemlösungen vorgestellt werden.

Dazu zählen für Teuteberg: Vorabentscheidungen für die Verwaltungsgerichte, wodurch die aufgelaufenen hohen Verfahrenszahlen seriös und zügig abgearbeitet werden könnten.



Zudem müssten endlich die praktischen Probleme beim Thema Abschiebung schon abgelehnter Asylbewerber angegangen werden. "Es gibt einige Punkte, die nicht bis zum St. Nimmerleinstag warten können", mahnt Teuteberg. Vor diesem Hintergrund erneuert sie auch die Forderung der FDP nach einem nationalen Migrationsgipfel, "um das Schwarze-Peter-Spiel zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu beenden."

Die Freien Demokraten fordern eine europäische Lösung der Asylproblematik. Die Bundesregierung müsse die Frage beantworten: "Wie können wir unsere Nachbarn in Europa von einer gemeinsamen Lastenverteilung überzeugen?" Nach Ansicht von Teuteberg braucht es eine ausgewogenere Bearbeitung von Asylverfahren und gemeinsame Standards der Verfahren und der Unterbringung.

25.07.2018 Pressemitteilung

Unsere Wirtschaftspolitik macht das Land fit für das nächste Jahrzehnt

Steven Wink: Rheinland-pfälzische Wirtschaft auf Erfolgskurs



Zur Kritik der CDU-Fraktion an der Wirtschaftspolitik der Landesregierung sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Steven Wink:

„Die CDU zeichnet ein Zerrbild der Realität. Die Wirtschaftsdaten des Landes sind hervorragend. Die Auftragsbücher der Unternehmen sind voll, die Arbeitslosigkeit ist gering und die Wirtschaftsverbände stellen der Landesregierung ein gutes Zeugnis aus. In den vergangenen zwei Jahren haben wir die Investitionen in den Straßenbau auf ein historisches Rekordniveau angehoben und den Ausbau der Digitalisierung beschleunigt. Mit der Fachkräftestrategie sorgen wir dafür, dass die rheinland-pfälzischen Unternehmen auch in Zukunft auf gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter zurückgreifen können.

Die Kritik der CDU ist einfallslos. Neue Ideen kann Herr Baldauf nicht präsentieren. Wir Freie Demokraten hingegen setzen gemeinsam mit Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing pragmatisch wegweisende Projekte um, die unser Land fit für das nächste Jahrzehnt machen.“



Bundesgartenschau 2031



Die Nachricht über den Zuschlag der Bundesgartenschau 2031 oder sogar bereits 2029 für die Mittelrhein-Region zeigt, dass das vorgelegte Konzept überzeugen konnte. Die kreativen Köpfe dahinter möchten wir beglückwünschen! Es freut uns als FDP-Bezirk-Koblenz sehr für unsere Region. Nun müssen nur noch die Kommunen im Welterbegebiet entscheiden, welcher der Termine realisiert werden soll. Wie bereits Koblenz durch die BUGA an Grün- und Freizeitflächen gewinnen konnte, so können nun auch im Mittelrheintal hochwertige Projekte zu wertvollen Grün- und Freizeitflächen

beitragen und auf eine moderne Region aufmerksam machen. Der FDP-Bezirksverband sieht auch eine nachhaltige Chance in der BUGA: „Das Mittelrheintal mit seiner Burgendichte, den Weinbergen und malerischen Landschaften hat vieles zu bieten. Dennoch müssen die touristischen Angebote für junge Menschen und Familien noch attraktiver werden, sowohl für diejenigen, die dort leben, als auch für Urlauber. „Solche Investitionen, in der Region bieten ein positives Investitionsklima und generieren weitere private Begleit- und Folgeinvestitionen über den Tourismus hinaus. Mit dem Zuschlag für die Bundesgartenschau haben wir eine hervorragende Chance, um im Weltkulturerbe Mittelrheintal entwicklungspolitische Impulse setzen zu können. So können wir unsere ohnehin schon landschaftlich wunderschöne und touristisch geprägte Region weiter aufwerten!“ so die Bezirksvorsitzende Sandra Weeser.

Aufnahme Wolf ins Jagdrecht

Zu dem neuesten Wolfsverdacht in Leutesdorf schaltet sich die heimische FDP-Bundestagsabgeordnete für den Bundestagswahlkreis Neuwied-Altenkirchen, Sandra Weeser aus Betzdorf, ein.

In einer aktuellen Pressemitteilung fordert sie die Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht: „Im Fall des in Leutesdorf gerissenen Rehs spricht vieles dafür, dass das Tier von Wölfen getötet wurde. Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass das Reh in der unmittelbaren Nähe der Ortschaft und eines Kinderspielplatzes gefunden wurde. Sollte sich dieser Verdacht bestätigen, wäre dies ein weiterer Beweis für die dringende Notwendigkeit einer Bejagung des Wolfes.“ Der Wolf solle in Deutschland eigene Lebensräume finden können, so die Liberale. Ihre Forderung: „Wir brauchen aber ebenso Sicherheit für Wohngebiete und Viehhaltung. Es muss daher die Möglichkeit geschaffen werden, in die Population des Wolfsbestandes eingreifen zu können. Die FDP hat dazu einen Antrag im Deutschen Bundestag eingebracht. Wenn MdB Erwin Rüdell seine Bedenken um das Wolfsmanagement ernst meint, sollten er und seine Fraktion unserem Antrag zustimmen.“ (PM)